



Anfrage

Öffentlich

Datum

17.09.2014

Nummer

3148/14

Absender

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Markurth
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

30.09.2014

Betreff / Beschlussvorschlag

Auswirkungen des Mindestlohns

Ab 2015 gilt in Deutschland ein Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde. Wir begrüßen das sehr, sehen aber die Notwendigkeit, im Haushalt der Stadt Braunschweig auch die notwendigen Mittel bereit zu stellen, um in allen Bereichen das geleistete Angebot aufrecht halten zu können. Das betrifft überwiegend den Jugend-, Sozial- und Kulturbereich. Der Mindestlohn gilt neben den festen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen generell auch für alle stundenweisen Aushilfen (Minijobs), für Volontäre / Volontärinnen und Praktikanten / Praktikantinnen. Ausgenommen sind lediglich Praktika, die schul- oder studienbegleitend sind oder der Berufsorientierung dienen und weniger als 3 Monate dauern.

Während nach unseren Informationen bei den dauerhaft sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bereich der Stadt und der Freien Träger auch bisher nicht unter 8,50 € Mindestlohn gezahlt wird, ist das bei Praktika und stundenweisen Aushilfen nicht immer so. So gibt es z. B. für die sogenannten „Honorarkräfte“ im Jugendbereich und bei Ferienaktionen höchst unterschiedliche Regelungen. Und die „Übungsleiterpauschale“ lässt viel Spielraum, um Bezahlungen weit unter Mindestlohn zu tätigen, deutlich über den Bereich einer ehrenamtlichen Tätigkeit hinaus. Oft werden diese Tätigkeiten aus generellen Haushaltsansätzen wie „Ferien in Braunschweig“ oder Zuschüssen bezahlt. Die Notwendigkeit der Anhebung der Bezahlung auf den Mindestlohn würde damit zwangsläufig die Anzahl der bezahlten Stunden und das Leistungsangebot schmälern - wenn man nicht entsprechend gegensteuert.

Wir fragen deshalb die Verwaltung:

1. Teilt die Verwaltung unsere obige Einschätzung?

2. Werden die bestehenden Haushaltsansätze im Jugend-, Sozial- und Kulturbereich auf mögliche Leistungseinschränkungen durch den Mindestlohn im Bereich der Aushilfen, Praktikanten / Praktikantinnen etc. untersucht?
3. Plant die Verwaltung Haushaltsansätze wie z. B. „Ferien in Braunschweig“ zu erhöhen, um das Angebot nicht noch weiter einzuschränken?

Gez. Dr. Elke Flake
(Stellv. Fraktionsvorsitzende)